



## Protokoll der 28. Sitzung des Einwohnerrates

vom 27. Juni 2007, 16.00 Uhr, im Landratssaal

**Anwesend:** 36 Mitglieder

**Entschuldigt:** Susanne Greiner, Nils Henn, Pascal Porchet, Philipp Senn

Traktanden	Laufnummer
1. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2007/2008 <i>://: Gewählt gemäss Vorlage.</i>	2007/146
2. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission zur Rechnung 2006 <i>://: Genehmigt.</i>	2007/141 2007/141a
3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2006 des Stadtrates <i>://: Genehmigt.</i>	2007/135 2007/135a
4. Berichte der Bau- und Planungskommission und des Stadtrates zum Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffende Kunstrasenfelder auf der Sportanlage Gitterli <i>://: Anträge des Stadtrates und der BPK genehmigt. ://: Postulat abgeschrieben.</i>	2005/71 2005/71a 2005/71b
5. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente betreffend Bestattungs- und Friedhofreglement, Teilrevision – Aufnahme von Doppelerdbestattungsgräbern <i>://: Anträge der GoR genehmigt.</i>	2006/109a 2006/109b
6. Bericht des Stadtrates zum dringlichen Postulat von Pascal Porchet namens der FDP-Fraktion und Beat Gränicher namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Entwicklungsgebiet Obergestadeck mit Manor und Parkhaus Bücheli <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2007/134 2007/134a
7. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion betreffend Parkplätze im Areal des Birmannspitals <i>://: Erledigt.</i>	2007/137
8. Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Solidarisches Liestal“ zur Entwicklungszusammenarbeit <i>://: Vertagt.</i>	2007/138
9. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Standbewilligungen im Stedtli <i>://: Vertagt.</i>	2007/140

10. Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend 2007/144  
„Fussgänger in Gefahr - wir fordern eine Trendwende“  
://: *Vertagt.*

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Juni-Einwohnerratssitzung.

### **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 23. Mai 2007**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

---

### **Mitteilungen der Ratspräsidentin**

Herzlicher Dank geht an die Organisatoren des Einwohnerratsausfluges, Adrian Mächler und Ernst Gebhard. Der Ausflug wurde diesmal durch eine Führung des Natur- und Vogelschutzvereins bereichert. Spezieller Dank geht auch an Einwohnerrat Franz Kaufmann und seine Frau Susanne Kaufmann, die die Teilnehmenden bewirteten.

---

### **Mitteilungen des Ratsbüros**

- Das Büro hat den Wunsch bekundet, dass betreffend neuer Kennzahlenvergleich der Gemeinden zur Sozialhilfe zuhanden des Einwohnerrates ein Bericht mit Antrag zur Kenntnisnahme ausgearbeitet wird. Dies würde nicht nur eine Information über die Situation Liestals im Vergleich mit anderen Baselbieter Gemeinden ermöglichen, sondern auch eine politische Diskussion. Es liegt in der Kompetenz des Stadtrates, dies zu tun oder nicht.
- Das Büro hat sich abschliessend mit dem Thema Ausstandspflicht beschäftigt. Vorgängig wurden sowohl bei der Landeskanzlei als auch bei der Stabsstelle Gemeinden der kantonalen Finanz- und Kirchendirektion Informationen angefordert, wie die Paragraphen 7 und 8 des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat angemessen anzuwenden seien. Ungeklärt war die Frage nach der Ausstandspflicht von Vereinsvorständen. Dazu kann das Büro nun folgende Informationen abgeben:  
Im Landrat gibt es keine Ausstandspflicht von Vereinsvorständen. Dies hat der Land-schreiber mitgeteilt. Nach Auskunft von Daniel Schwörer von der Stabsstelle Gemeinden der Finanz- und Kirchendirektion ist zwischen der Offenlegungspflicht in § 7 und der Ausstandspflicht in § 8 des Geschäftsreglements für den Einwohnerrat klar zu unterscheiden. Die Ausstandspflicht wird durch kantonales Recht in § 22 des Gemeindegesetzes definiert. Danach ist eine Ausstandspflicht nur bei unmittelbarer Betroffenheit gegeben. Das bedeutet, dass man nur ausstandspflichtig sind, wenn sich ein Beschluss direkt auf die Rechtsstellung eines Behördenmitglieds auswirkt, sei das in vermögensrechtlicher, bewilligungsrechtlicher oder anderer Hinsicht. Bei Vereinen und Verwaltungsräten ist diese Unmittelbarkeit nicht gegeben. Unmittelbarkeit wäre beispielsweise dann gegeben, wenn ein Parlamentsmitglied eigenes Land in eine andere Zone bringen würde.  
Das Büro hat entschieden, sich in der Ausstandspraxis an diesen Vorgaben zu orientieren. Für Vereinsvorstände ist die Sache nun geklärt. In anderen Fällen wird es immer noch eine Grauzone geben, ob die Ausstandspflicht wahrzunehmen ist oder nicht. Das Büro appelliert nach wie vor an die Eigenverantwortung der Ratsmitglieder, in den Ausstand zu treten, wenn dies nötig ist. Da es nicht nur eine Sache der rechtlichen Korrektheit, sondern auch der Ethik ist, die Ausstandspflicht wahrzunehmen, ist es in Grenzfällen angebracht, lieber einmal zu viel als einmal zu wenig in den Ausstand zu treten.

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- |                         |                              |
|-------------------------|------------------------------|
| - Hans Rudolf Schafroth | Seite FDP                    |
| - Regina Vogt           | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Matthias Zimmermann   | Mitte, Büro                  |

Die Stimmzähler und -zählerinnen amtieren gleichzeitig auch als Wahlbüro für die Präsidentschaftswahlen.

---

### Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend sichere Veloverbindungen zu Schule und Sport (Nr. 2007/148);
- Postulat von Peter Schäfer namens der FDP-Fraktion betreffend Unterstützung von Vereinen, welche die Freizeit von Jugendlichen sinnvoll gestalten (Nr. 2007/149);
- Postulat von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Verkehrs-Signalisation in der Begegnungszone (Nr. 2007/150);
- Interpellation von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Verkehrsachse Kantinenweg - Nonnenbodenweg (Nr. 2007/151);
- Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend Sicherheitscheck im öffentlichen Raum - seniorenfreundliches Liestal (Nr. 2007/152);
- Interpellation von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Trinkwasserqualität (Nr. 2007/153).

---

### Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Peter Rohrbach teilt mit, der Entwicklungsplan 2008-2012 liege vor. Im Mittelpunkt sei für den Stadtrat die Frage gestanden, was man erreichen wolle. Wie die Ziele zu erreichen seien, darüber könne man unterschiedlicher Meinung sein. Der Stadtrat freue sich auf die Diskussion über die Zielsetzungen. Sie seien der Kern, über den man sich einig sein müsse. Er wolle die finanzielle Situation kurz erläutern. Der Stadtrat stehe hinter dem langfristigen Ziel von 60 Steuerprozenten für natürliche Personen. Mittelfristig wolle man mit dem Schuldenbetrag unter CHF 20 Mio. beziehungsweise mit den Schuldzinsen unter CHF 1 Mio. kommen. Die Netto-Investitionen wolle man auf einem Niveau von CHF 2,5 -3 Mio. behalten. Die Schulden seien auf jeden Fall um CHF 1,5 Mio. abzubauen. Wenn die Selbstfinanzierung mehr als CHF 4,5 Mio. betrage, solle der Schuldenabbau forciert werden.

---

### Traktandenliste

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) stellt fest, dass in Bezug auf die Traktandenliste keine Änderungsanträge vorlägen. Sie sehe sie deshalb als genehmigt an.

**224 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**1. Wahl des Ratsbüros für das Amtsjahr 2007/2008 (Nr. 2007/146)**

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, im ersten Wahlgang werde die Präsidentin gewählt. Sie bitte die SVP/CVP/EVP-Fraktion darum, die Kandidatin vorzustellen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) führt aus, er habe die Ehre, Margrit Siegrist als Präsidentin für das Amtsjahr 2007/2008 vorzuschlagen. Seines Wissens sei es das erste Mal, dass die Frau eines ehemaligen Präsidenten für das Amt nominiert werde. Aufgewachsen im Aargau und im Berner Oberland, habe Margrit Siegrist ihren Peter vor 29 Jahren geheiratet und mit ihm zwei Kinder grossgezogen. Zu ihrem Stolz könne sie sagen, dass sie die Mutter eines Skateboard-Weltmeisters sei.

Immer wieder sei sie in leitenden Funktionen tätig gewesen, so vor ihrer Heirat und dem Umzug nach Liestal als Leiterin des Verkehrsbüros Spiez/Thunersee. Von 1985 bis 1996 war sie Mitglied der Sozialhilfebehörde Liestal. Seit 1997 sei sie Geschäftsführerin des Verbandes für Sozialhilfe des Kantons Baselland. 2001 sei sie in den Einwohnerrat gekommen. Bald habe sie das Präsidium der GPK übernommen, das sie bis 2004 mit viel Engagement und grosser Sachkenntnis ausgeführt habe. Seit 2004 sei sie Mitglied des Büros und habe sich in dieser Zeit sicher das nötige Know-how für noch höhere Weihen angeeignet. Sie sei auch Mitglied der GoR. Als beliebte Stadtführerin bringe sie den Gästen von Liestal das Stedtlı näher. Als Ausgleich zu ihrem grossen Engagement in verschiedensten Bereichen gehe sie gerne in den Bergen wandern oder mit ihrem Peter Tandem fahren. Ihre musikalische Ader drücke sich im Musizieren mit dem Schwyzerörgeli aus.

Er sei überzeugt, dass sie nach sechs Jahren Zugehörigkeit zum Rat die richtige Mischung finden werde, das Parlament zu führen, auch wenn es manchmal hohe Wellen gebe. Als sportliche und erfahrene Frau mit jugendlichen Gedanken sei sie geeignet, die Rolle als Dirigentin für dieses Jahr zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass allfällige Misstöne korrigiert würden. Er bitte die Ratsmitglieder darum, Margrit Siegrist ihre Stimme zu geben.

Stadtpräsidentin Regula Gysin meint, sie wolle die Gelegenheit benützen, im Namen des Stadtrates der jetzigen Präsidentin für die stets angenehme und gute Zusammenarbeit herzlich zu danken. Sie danke ihr auch für die interessanten Gespräche und gemeinsamen Momente, in denen sie beide Liestal vertreten durften. Sie wünsche ihr, dass sie jetzt ein wenig ausruhen könne und wieder mehr Zeit für die Familie und andere Tätigkeiten habe.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) erwidert, das Jahr als Präsidentin habe ihr auch Spass gemacht. Sie werde sich am Schluss nochmals dazu äussern.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

Zahl der anwesenden Einwohnerrätinnen/-räte:	35
Eingelegte Wahlzettel:	35
Leer und ungültig:	01
Gültige Wahlzettel:	34
Absolutes Mehr:	18

://: Es ist gewählt: **Margrit Siegrist** mit 34 Stimmen.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) dankt für die Wahl zur neuen Präsidentin und erklärt die Annahme der Wahl. Stadtpräsidentin Regula Gysin überreicht ihr im Namen der Stadt Liestal einen Blumenstrauss und wünscht ihr viel Glück. Marie-Theres Beeler (GL) als abtretende Ratspräsidentin gratuliert der neuen Präsidentin herzlich namens des Einwohnerrates und wünscht ihr viel Erfolg.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) ergänzt, sie danke für das Vertrauen, das die Ratsmitglieder ihr mit dieser Wahl entgegenbringen würden. Sie freue sich darauf, den Rat im nächsten Amtsjahr zu präsidieren. Sie empfinde die Ausübung dieses verantwortungsvollen Amtes sowohl als Ehre als auch als Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung. Der Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler danke sie herzlich für die angenehme Zusammenarbeit. Sie werde sich darum bemühen, die Sitzungen im gleichen speditiven Sinn weiterzuführen. Sie danke allen, die sie dabei unterstützen würden.

Regula Nebiker (SP) teilt mit, die SP-Fraktion schlage Franz Kaufmann als Vizepräsidenten des Einwohnerrats vor. Für Franz Kaufmann sei Mehrspurigkeit und Vielseitigkeit charakteristisch. Beruflich führe er ein Büro für Architektur und betreibe mit seiner Familie ausserdem Rebbau. Auch kulturell sei er sehr aktiv, was auch mit seiner tiefen Verbundenheit mit Liestal zu tun habe: Er habe beim Aufbau des Dichter- und Stadtmuseums mitgeholfen. Seit der Gründung der Stiftung des Museums im Jahr 2000 sei er deren Präsident. Er amtiere ausserdem als Obmann der Jungen Garde Rotstab Clique. Im Verkehrs- und Verschönerungsvereins sei er Vorstandsmitglied. Seit dem Jahr 2004 sei er im Einwohnerrat. Vier Jahre lang sei er Fraktionspräsident gewesen. Da er Mitglied des Büros gewesen sei, wisse er, wie dieses funktioniere. Er sei ein kompetentes und engagiertes Mitglied der BPK. Aus dieser Kommission werde er nach seiner Wahl austreten. Trotz seiner Vielseitigkeit sei Fanz Kaufmann nie oberflächlich. Typisch für ihn sei auch seine Bescheidenheit. Wenn man ihn kenne, lerne man die Sorgfalt, mit der er die Dinge handhabe, sehr schätzen, sei es nun in Bezug auf Wein, Kultur oder bei der politischen Arbeit. Er habe ein wenig die Tendenz, seine Qualitäten unter den Scheffel zu stellen; aber man wisse, dass er ein politisches Talent sei. Er sei auch ein guter Redner. Mit seiner Ausstrahlung tue er dem ganzen Einwohnerrat gut. Die SP-Fraktion meine auch, dass er in der neuen Legislaturperiode der richtige Mann sein werde, den neu zusammengesetzten Einwohnerrat zu präsidieren.

Das Resultat der geheimen Wahl lautet wie folgt:

Zahl der anwesenden Einwohnerrätinnen/-räte:	36
Eingelegte Wahlzettel:	36
Leer und ungültig:	01
Gültige Wahlzettel:	35
Absolutes Mehr:	18

://: Es ist gewählt: **Franz Kaufmann** mit 35 Stimmen.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) sagt, sie gratuliere Franz Kaufmann herzlich zu seinem Amt als Vizepräsident. Sie wünsche ihm dazu Freude und Glück.

Franz Kaufmann (SP) dankt für die Wahl zum neuen Vizepräsidenten und erklärt die Annahme der Wahl. Er werde als linke Hand von Margrit Siegrist alles daran setzen, dass der Ratsbetrieb gut über die Bühne gehe.

://: Gemäss den Vorschlägen der Fraktionen werden einstimmig als Ratsbüromitglieder gewählt:

Margrit Siegrist	(SVP/CVP/EVP)	als Präsidentin
Franz Kaufmann	(SP)	als Vize-Präsident
Elisabeth Augstburger	(SVP/CVP/EVP)	
Astrid Basler	(GL)	
Adrian Mächler	(FDP)	
Regula Nebiker	(SP)	
Regina Vogt	(FDP)	

Ersatzmitglieder:

Erika Eichenberger	(GL)
Orla Oeri-Devereux	(SP)
Hans-Rudolf Schafroth	(SVP/CVP/EVP)
Vreni Wunderlin	(FDP)

**225 F.3.4.3. Finanzverwaltung, Disposition: Finanzplanung, Programme**

**2. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission zur Rechnung 2006 (Nr. 2007/141, 2007/141a)**

Die Finanzkommission informiert in ihrem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Die Rechnung 2006 präsentiert sich in Kürze wie folgt:

**Laufende Rechnung / Einwohnerkasse**

Die laufende Rechnung 2006 der Stadt Liestal schliesst mit einer Zunahme des Eigenkapitals (Ertragsüberschuss) von CHF 1.555 Mio. ab. Der Ertragsüberschuss vor Rechnungsabschluss beträgt CHF 3.465 Mio. Davon werden CHF 1.910 Mio. als Vorfinanzierung für Investitions-Vorhaben verwendet.

Die Fiko ist einstimmig mit dieser Verwendung des Ertragsüberschusses einverstanden. Diesem Vorgehen liegt die Finanzstrategie gemäss Finanzplan 2007-2011 der Stadt Liestal zugrunde.

**Investitionsrechnung / Einwohnerkasse**

Brutto wurden im Jahr 2006 CHF 1.551 Mio. investiert. Die Selbstfinanzierung beträgt CHF 3.925 Mio. Diese Mittel werden für den Schuldenabbau der Jahre 2006/2007 (CHF 3.278 Mio.) und zur vollständigen Finanzierung der Nettoinvestitionen (CHF 647'000.-) eingesetzt.

**Spezialfinanzierungen (Wasser/Abwasser/Abfall)**

Die Kassen Wasser und Abfall schliessen mit einem Ertragsüberschuss und der Zunahme des Eigenkapitals ab. Bei der Abwasserkasse wurde planmässig eine Abnahme des Eigenkapitals verbucht; dies u. a. infolge Senkung des Abwassertarifs auf Anfang 2006 und der vollständigen Verrechnung der Aufwände für die Abwasserbeseitigung durch den Kanton, die ebenfalls am 1. Januar 2006 in Kraft getreten ist.

**Finanzvermögen / Laufende Rechnung**

Im Finanzvermögen haben der Buchgewinn aus dem Verkauf der Beteiligung an der Liestal-Net AG sowie höhere Erträge aus der Parkplatzbewirtschaftung (Konrad Peter Areal) zum besseren Resultat beigetragen. Das Wohnheim für Asylbewerber wurde vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen übergeführt. Dies hat zu einer entsprechenden Veränderung der beiden Konten geführt.

Hauptursache dieses guten Resultats sind Einbuchungen von Steuererträgen aus den Vorjahren, ein Wachstum der Steuereinnahmen im 2006 sowie eine strikte Kostenkontrolle auf allen Ebenen.

Der Antrag der Fiko lautet:

Die Finanzkommission schliesst sich einstimmig den Anträgen des Stadtrates an.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

Der Einwohnerrat genehmigt die Rechnung 2006 der Stadt Liestal, bestehend aus

Einwohnerkasse:	Laufende Rechnung, Investitionsrechnung
Spezialfinanzierungen:	Laufende Rechnungen, Investitionsrechnungen
Kantonale Schulanlagen:	Laufende Rechnung
Finanzvermögen:	Laufende Rechnung, Investitionsrechnung
Stadt Liestal:	Bestandesrechnung

Fiko-Präsident Heinz Lerf (FDP) führt aus, die Laufende Rechnung der Einwohnerkasse schliesse vor Rechnungsabschluss mit einem Überschuss von knapp CHF 3,5 Mio. ab. Der Ertragsüberschuss solle folgendermassen verwendet werden: CHF 1,9 Mio. als Vorfinanzierung für drei Investitionsvorhaben und CHF 1,55 Mio. als Zuschlag zum Eigenkapital. Die Fiko sei mit der Verwendung des Gewinns einverstanden. Das Vorgehen entspreche dem Finanzplan 2007-2011, den der Einwohnerrat 2006 zur Kenntnis genommen habe. Zur Investitionsrechnung: Brutto seien im vergangenen Jahr CHF 1,55 Mio. investiert worden. Die Selbstfinanzierung, das heisst die Abschreibungen, und die Zunahme des Eigenkapitals würden knapp CHF 4 Mio. betragen. Davon würden gut CHF 3,2 Mio. dem Schuldenabbau 2006/2007 zugeteilt. Mit CHF 647'000.- würden die Nettoinvestitionen vollumfänglich abgedeckt.

Bei den Spezialfinanzierungen würden die Wasserkasse und die Abfallkasse positiv abschliessen. Bei der Abwasserkasse werde eine Abnahme des Eigenkapitals verzeichnet, dies aus zwei Gründen: 2005 habe der Einwohnerrat beschlossen, den Abwassertarif zu senken. Ausserdem habe der Kanton beschlossen, seine Aufwendungen für die Abwasserbeseitigung den Gemeinden aufzubürden. Zum Finanzvermögen der Laufenden Rechnung: Ein kleiner Gewinn aus dem Verkauf der LiestalNet sowie höhere Erträge aus der Parkplatzbewirtschaftung des Konrad Peter-Areals hätten zu einem besseren Abschluss geführt. Beim Vermögen sei es zu einer Verschiebung gekommen: Das Wohnheim für Asylbewerber sei vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen übergeführt worden.

Die Hauptursachen für das gute Ergebnis seien Einbuchungen von Steuererträgen aus den Vorjahren, ein Wachstum der Steuereinnahmen im Jahr 2006 und eine strikte Kostenkontrolle auf allen Ebenen. Die Budgets seien grossmehrheitlich eingehalten worden. Die ROD - die Treuhandgesellschaft des Schweizerischen Gemeindeverbands - habe die Rechnung 2006 revidiert. Sie empfehle, den Ertragsüberschuss zu genehmigen. Die ROD habe im Weiteren diverse Feststellungen gemacht. In 28 Punkten weise sie auf mögliche Verbesserungen und nötige Bereinigungen hin. Im Fiko-Bericht seien die wichtigsten Punkte erwähnt. Die Verwaltung habe Ziele gesetzt, wann sie diese Punkte erledigt haben wolle. Die meisten sollten im Jahr 2007 erledigt werden. Die Fiko unterstütze die Zielsetzungen der Verwaltung und erwarte eine fristgerechte Umsetzung der Revisionsfeststellungen. Wichtig sei für die Fiko vor allem, dass die Feststellungen aus den Vorjahren, nämlich aus der Periode 2003-2005, prioritär angegangen würden.

Die Fiko habe der Verwaltung und dem Stadtrat rund 60 Fragen eingereicht. Alle Fragen seien in nützlicher Frist und schriftlich zur Zufriedenheit der Fiko-Mitglieder beantwortet worden. Die Fiko habe sich in ihren Diskussionen auf einige Schwerpunktthemen beschränkt. Ein Thema sei die Vorfinanzierung im Allgemeinen gewesen. Grundsätzlich befürworte die Fiko dieses Instrument. Die Projekte müssten aber im Voraus klar definiert sein. Ein wichtiger Punkt seien auch die Investitionen. Zwischen der Rechnung 06 und dem Budget 06 gebe es hier eine relativ grosse Abweichung. Aus verschiedenen Gründen habe das Investitionsprogramm nicht in dem Mass, wie es geplant gewesen sei, realisiert werden können. Die Fiko begrüsse auch, dass der Stadtrat und die Verwaltung in Zukunft versuchen würden, Projekte parallel zu fahren, damit beim Wegfallen eines Projekts ein anderes in Angriff genommen werden könne. Auch die Abschreibungen habe sich die Fiko angesehen. Dort gebe es grössere Differenzen zwischen der Rechnung und dem Voranschlag, da im Jahr 2006 Abschreibungssätze angepasst worden seien. Die Fiko sei mit diesen Sätzen einverstanden.

In ihrem Kommentar zur Rechnung 2005 habe die Fiko auf das hohe Steuerguthaben hingewiesen. In der Rechnung 2006 sei dieses Guthaben noch höher. Der Kanton sei für die Fakturierung und das Steuerinkasso zuständig. Von seiner Seite lägen noch keine verlässlichen Angaben dazu vor, ob das Steuerguthaben auf diesem Niveau bleiben werde. Die Fiko habe deshalb die Verwaltung und den Stadtrat gebeten, einen Vergleich mit etwa gleich grossen Gemeinden vorzulegen, damit man sehe, wie die Steuerguthaben in anderen Gemeinden seien, und beurteilen könne, ob das Steuerguthaben von ausserordentlicher Höhe sei oder nicht. Was die Investitionen betreffe, so habe man im Finanzplan gesehen, dass sie in den nächsten Jahren angehoben würden. Sämtliche Mängel bei der externen Liegenschaftsverwaltung seien zur Zufriedenheit aller Parteien erledigt worden.

Die Fiko sei sehr erfreut darüber, dass auch die Rechnung 2006 positiv abschliesse. Dank dem guten Ergebnis könnten wichtige Investitionsvorhaben vorfinanziert werden und der Schuldenabbau sei im geplanten Rahmen möglich. Zum zweiten Mal in Folge weise die Laufende Rechnung einen Ertragsüberschuss aus. In den nächsten Jahren werde es hoffentlich so weitergehen. Im Jahr 2006 habe die Stadt ein höheres Steueraufkommen von rund CHF 1 Mio. generiert. Aufgrund der Steuergesetzrevision seien aber für 2007 Mindereinnahmen von rund CHF 2 Mio. veranschlagt. Dies erfordere weiterhin eine strikte Kontrolle der Aufwendungen und Investitionen. Die Fiko danke allen an der Rechnung 2006 beteiligten Personen für die gute Zusammenarbeit und dem Stadtrat für das Einhalten der Voranschläge. Die Fiko schliesse sich einstimmig den Anträgen des Stadtrats an und genehmige somit die Rechnung 2006.

Daniel Spinnler (FDP) hält fest, die FDP-Fraktion freue sich ebenfalls über das gute Ergebnis. Es entbinde aber nicht davon, die Anstrengungen weiterzuführen, Schulden abzubauen, die Kosten im Griff zu haben. Es sei auch darauf zu achten, dass die Investitionen getätigt, nicht nur geplant würden. Für künftige Berichte sei eine Vereinheitlichung der Zahlenangaben anzustreben. Dies sei in diesem Bericht allerdings bereits erfüllt. Auch seine Fraktion danke allen, die zu diesem guten Ergebnis beigetragen hätten, und folge dem Antrag der Fiko.

Astrid Basler (GL) berichtet, auch die Grüne Fraktion freue sich über das tolle Ergebnis. Seit 2005 schreibe Liestal keine Bilanzfehlbeträge mehr. Aufgrund der strikten Kostenkontrolle durch die Verwaltung und durch die Steuereinzahlungen schliesse die Einwohnerkasse mit einem Ertragsüberschuss von gut CHF 3,4 Mio. ab. Der Stadtrat sei in dieser Legislatur mit seiner Finanzstrategie sehr erfolgreich. Durch die konsequente Schuldentrückzahlung seien die langfristigen Schulden weiter abgebaut worden. Das Fondsvermögen habe zugenommen. Die Grüne Fraktion sei einverstanden mit der Vorfinanzierung im Betrag von CHF 1,9 Mio. Sie unterstütze die Finanzstrategie des Stadtrats, danke ihm und der Verwaltung für die gute Arbeit und stimme einstimmig den Anträgen zu.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) meint, insgesamt könne der Rat heute einen erfreulichen Rechnungsabschluss genehmigen. Er sei dank den höheren Steuererträgen zustande gekommen. Der Aufwand sei aber auch stark angestiegen. Auffallend seien die zu tiefen Investitionen, was den Nachholbedarf weiter erhöhe. Seine Fraktion stimme dem Stadtrat betreffend Verwendung des Ertragsüberschuss zu, obwohl sie gerne einen höheren Schuldenabbau gesehen hätte. Sie danke der Verwaltung und dem Stadtrat für die Arbeit, den informativen Bericht zu dieser Rechnung und für die Aussicht auf die Realisierung der Empfehlungen der ROD. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion stimme den Anträgen des Stadtrates zu.

Orla Oeri-Devereux (SP) betont, Freude herrsche auch bei der SP-Fraktion. Zum zweiten Mal schliesse die Laufende Rechnung mit einem Ertragsüberschuss. Die für 2006 budgetierten Investitionen hätten aus verschiedenen Gründen nicht alle realisiert werden können. Mit den nicht eingesetzten Geldern würden nun drei Projekte vorfinanziert. Die SP-Fraktion halte dieses Vorhaben des Stadtrats für sinnvoll und unterstütze es. Sie schliesse sich auch der Meinung der Fiko an, dass sollte Projekte künftig klar deklariert sein sollten, bevor die Rechnung veröffentlicht sei. Der Schuldenabbau erfolge gemäss Finanzplan. Demzufolge würden die Schuldzinsen stetig abnehmen. Der Stadtrat und besonders Finanzchef Peter Rohrbach hätten ohne Zweifel Transparenz in den Finanzen der Stadt Liestal geschaffen. Das schätze die SP-Fraktion sehr. Die alten Lasten der 90er-Jahre hätten die Rechnungen bis vor einigen Jahren sehr belastet. Nun würden diese Lasten konsequent aufgearbeitet. Die Mängel im internen Kontrollsystem würden auch stetig aufgehoben. Dies alles - die Transparenz, die Aufarbeitung der Altlasten, die Verbesserung des internen Kontrollsystems, zum zweiten Mal ein positiver Abschluss der Laufenden Rechnung - würden der SP-Fraktion Sicherheit verleihen. Sie sei zuversichtlich, dass die Sanierung der Liestaler Finanzen auf dem richtigen Weg sei. Dieser Weg habe auch Schattenseiten. Die Unsicherheit über die zukünftigen Finanzflüsse zwischen Bund, Kanton und Gemeinden mache ihrer Fraktion Sorgen. Der Stadtrat habe je-

doch eine Finanzstrategie, die optimale Balance zwischen den verschiedenen Grössen. Sollten neue Aufgaben mit finanziellen Konsequenzen auf Liestal zukommen, müsse man miteinander diskutieren und sich darüber einigen, wie man die Grössen ausbalancieren solle. Auf der Schattenseite stünden auch noch die Schulden der Stadt. Eine Kostenkontrolle sei weiterhin nötig. SP-Fraktion blicke jedoch zuversichtlich in die Zukunft. Der Stadtrat verfolge seine Ziele und setze seine Strategie konsequent um. Dies sei in der Rechnung 06 bereits ersichtlich. Die SP-Fraktion schätze und anerkenne die Bemühungen des Stadtrats und aller Mitarbeitenden der Verwaltung und danke allen für die geleistete Arbeit und die Einhaltung der Voranschläge. Sie schliesse sich den Anträgen des Stadtrats und der Fiko an.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) bestätigt, die Rechnung 2006 sei super. Ein Posten sei ihm aber aufgefallen. Einerseits halte man die Kontrollorgane an, das Budget einzuhalten, andererseits würde dieses überschritten. Es gehe um die Verkehrsbussen. Wenn man dafür CHF 200'000.- einsetze, dann aber CHF 275'000.- einnehme, komme bei ihm der Verdacht auf, dass man beginne, Leute zu schikanieren. Man könne auch wieder einmal den umgekehrten Weg gehen. Er ermuntere den Rat zu prüfen, ob es überhaupt einen solchen Budgetposten brauche.

Stadtrat Peter Rohrbach fügt hinzu, er danke bestens für die Kommentare. Das Ziel jeder Planung sei einzuschätzen, was passieren werde. Der Stadtrat wäre froh, wenn der Budgetposten Verkehrsbussen unterschritten würde. Er lade die Automobilisten dazu ein, dazu beizutragen. Die Diskussionen in der Fiko seien für den Stadtrat stets ein enorm wichtiger Input, um konzeptionell weiterzukommen. Was den ganzen Prozess betreffe - Finanzplan, Voranschlag und Rechnung -, danke er seinen Kolleginnen und Kollegen sowie den Bereichsleitenden dafür, dass man gemeinsam den Prozess in dieser Form habe weiterentwickeln können.

://: Die Rechnung 2006 wird einstimmig genehmigt.

**226 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat**

**3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2006 des Stadtrates (Nr. 2007/135, 2007/135a)**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) informiert in ihrem Bericht zum Amtsbericht 2006 des Stadtrats zusammengefasst folgendermassen:

Gemäss Geschäftsreglement für den Einwohnerrat prüfte die Geschäftsprüfungskommission den Amtsbericht 2006 der Stadt Liestal. Der Stadtrat hatte sich hohe Ziele gesteckt und erreichte gemeinsam mit der Stadtverwaltung viel. Das Engagement für ein strukturiertes Vorgehen ist deutlich und nachvollziehbar. Das Erscheinen des Amtsberichts bereits im März ist angenehm und sachdienlich. Der Bericht widerspiegelt redaktionell das Jahresprogramm. Die Nummerierung ermöglicht eine zweckmässige Orientierung.

Die Statistiken am Berichtsbeginn geben einen interessanten Überblick über Entwicklungen in der Bevölkerung. Sie weisen allerdings mehrere Fehler auf, was in der GPK Anlass zu längeren Diskussionen gab. Die GPK wertet den Amtsbericht als eine der wichtigen Visitenkarten der Stadt Liestal, die die vielfältigen und umfangreichen Leistungen adäquat dokumentieren soll. Sie erwartet, dass er zukünftig redaktionell einwandfrei herausgegeben wird.

Die GPK liess sich detaillierter über die Arbeiten am Qualitätsmanagement informieren. Sie hinterfragte die vier Qualitätssysteme der Stadt (Verwaltung, Bildung, Wasserversorgung und Audit Soziale Dienste) und empfiehlt eine grösstmögliche Integration mit positiven Auswirkungen auf die Kosten.

Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass die Ressourcen nicht für alle Pläne reichten und konnte nachvollziehen, wo Wechselwirkungen mit Dritten teilweise Verzögerungen verursachten. Sie zollt den grossen Leistungen des Stadtrats und der Stadtverwaltung ihre Anerkennung und dankt allen Beteiligten für ihren engagierten Einsatz.

Der Antrag der GPK lautet:

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat, den Amtsbericht 2006 zu genehmigen.

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) weist darauf hin, dass eine korrigierte Version des Amtsberichts 2006 bei jedem am Platz liege.

Claudia Roche (SP) legt dar, die GPK habe sich gründlich mit dem Bericht auseinandergesetzt. Dass sie ihre Arbeit bereits Ende März aufnehmen können, sei sehr angenehm gewesen; das Amtsjahr habe man dann noch frisch im Gedächtnis gehabt, und man habe so auch mehr Zeit für die Bearbeitung gehabt. Die GPK habe Form und Inhalt des Berichts geprüft. Lesetechnisch entspreche der Amtsbericht dem Jahresprogramm. Die Kommission habe kritische Nachfragen und viele interessierte Fragen aufgelistet, die der Stadtrat und die Stadtverwaltung schriftlich und sehr speditiv beantwortet hätten. Das anschliessende Gespräch mit der Stadtpräsidentin und dem Stadtverwalter sei konstruktiv verlaufen. Einer der Schwerpunkte dieses Gesprächs seien die vier Qualitätssysteme der Stadt gewesen. Die GPK empfehle, eine Annäherung oder Integration der Systeme anzustreben.

Die GPK würdige die Leistungen der Stadt als umfangreich und solide. Die Fülle der Aufgaben sei enorm. Manches Vorhaben sei vielleicht zu ambitiös gewesen. Die redaktionelle Arbeit zum Amtsbericht habe in der Kommission zu heissen Diskussionen geführt. In der Eintretensdebatte habe sie sich mit einem Rückweisungsantrag beschäftigt, der später zurückgezogen worden sei. Worum es konkret gegangen sei, sei im Bericht nachzulesen. Die GPK habe diverse Fehler bemängelt; die Stadtverwaltung habe sich dafür entschuldigt und Ver-

besserungsmassnahmen eingeleitet. Die GPK erwarte, dass der Amtsbericht als eine der nachhaltigen Visitenkarten der Stadt Liestal künftig noch sorgfältiger redigiert werde. Sie stelle aber die geleistete Arbeit von Stadtrat und Stadtverwaltung in den Vordergrund. Sie danke allen Beteiligten für ihr grosses Engagement. Mit 6:1 Stimme beantrage die GPK, den Amtsbericht 2006 zu genehmigen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) meint, es sei sehr angenehm, dass der Amtsbericht so früh erschienen sei. Der Stadtrat habe zusammen mit der Verwaltung von den hoch gesteckten Zielen viel erreicht. Es sei erstaunlich, wie viel während eines Jahres geleistet worden sei und wie viele Projekte man in den verschiedensten Bereichen aufgelegt habe. Dies sei eine tolle Visitenkarte für die Kantonshauptstadt. Hilfreich und interessant seien auch die Statistiken, die der Bericht enthalte. Betreffend die Fehler erwarte ihre Fraktion, dass der Amtsbericht das nächste Mal redaktionell einwandfrei vorliege. Sie danke der Stadt und der Verwaltung für das grosse Engagement. Sie würdige besonders die Aktivitäten im Ausbildungsbereich. Die Lehrtochter im KV-Bereich habe im ersten Rang abgeschlossen. Dies zeuge von einem tollen Lehrplatz bei der Verwaltung. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion genehmige den Amtsbericht mehrheitlich.

Regula Nebiker (SP) sagt, SP-Fraktion schliesse sich den Vorrednern vollumfänglich an. Es sei eindrücklich, was in der Verwaltung alles laufe. Der statistische Teil im Amtsbericht sei ein fakultativer Zusatz. Ihre Fraktion finde es besonders schade, dass gerade dieser Teil Fehler enthalte und so viel Zeit beanspruche. Auch dieser zusätzliche Teil sollte sorgfältig bearbeitet werden. Grundsätzlich schliesse sich ihre Fraktion dem Dank an die Verwaltung an. Die SP-Fraktion sei froh, einen solchen Amtsbericht lesen zu können.

Peter Schäfer (FDP) gibt bekannt, die FDP-Fraktion nehme zum Amtsbericht 2006 wie folgt Stellung: Inhalt und Form begrüsse, würdige und verdanke sie. Der Bericht sei relativ früh erschienen. Er lese sich gut und Überflüssiges sei dieses Mal weggefallen. Markant gestört habe sich seine Fraktion jedoch an den vielen Fehlern. Wie diese mit den heutigen Computerprogrammen geschehen könnten, sei unverständlich. Dies sei peinlich und dürfe so nicht mehr passieren. Die korrigierte Version, die nun vorliege, sei ein wenig besser; die Fehler in den Tabellen seien nun draussen, die Schreibfehler jedoch nicht. Die FDP-Fraktion werde den Bericht genehmigen, hoffe aber sehr, dass der nächste Amtsbericht ohne Fehler daherkomme.

Erika Eichenberger (GL) führt aus, im Namen der Grünen Fraktion danke sie der GPK für den ausführlichen Bericht und dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Der Amtsbericht sei ein Leistungsausweis der Stadt und der Departemente, auch gegenüber den Steuerzahlern. Deshalb halte ihre Fraktion es für wichtig, dass alle Seiten den Bericht weiterhin ernst nähmen. Ihre Fraktion sei froh, wenn die Verwaltung die nötigen Schritte unternehme, damit keine solchen Fehler mehr passierten. Es sei in diesem Jahr in allen Bereichen viel gearbeitet worden. Zum Teil habe man sich sportliche Ziele gesetzt, die nicht alle hätten eingehalten werden können. Dies sei in einem dynamischen Betrieb wie der Stadt Liestal zulässig. Die Vorwärtsstrategie sei klar erkennbar; dies würdige die Grüne Fraktion besonders. Das Projekt Qualitätsmanagement mache deutlich, dass Liestal auf eine moderne und effiziente Verwaltung setze. Ein solcher Prozess bedeute zusätzlichen Aufwand für alle Beteiligten. Die Grünen hätten den Wunsch, dass trotz dieser Engpässe die nachhaltigen Anliegen nicht hintenanstehen müssten. Ihre Fraktion sei gespannt auf die Weiterführung des Projekts Energiestadt. Sie fordere auch, dass der Nachhaltigkeitskompass bei passenden Projekten konsequent zum Einsatz komme. Sie danke dem Stadtrat und Stadtverwalter Roland Plattner für die ausführlichen Antworten und die konstruktive Zusammenarbeit. Ihre Fraktion genehmige den Amtsbericht.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) berichtet, in der GPK habe man die Rückweisung des Amtsberichts diskutiert. Man habe den Eindruck gehabt, dass er in dieser Art Liestals unwürdig sei. Zeitlich wäre aber das Erstellen eines neuen Amtsberichts und dessen Über-

prüfung durch die GPK nicht möglich gewesen. Deshalb habe die Kommission einen Fragenkatalog zusammengestellt. Befriedigende Antworten und entsprechende Korrekturen seien erfolgt. Nun liege eine neue Fassung des Amtsberichts vor. Sie sei allerdings nicht sauber, was schade sei. Grundsätzlich stelle sich die Frage, wie ernst die Stadtverwaltung den Auftrag nehme, den Amtsbericht zu verfassen. Die Frage sei auch, wie ernst die Einwohnerratsmitglieder und die Stadtpräsidentin genommen würden. Mit dem bestehenden Organigramm sollte es möglich sein, eine korrekte Fassung des Amtsberichts zu verschicken. Es gehe auch um Steuergelder. Wenn wieder eine solche Fassung eines Amtsberichts eintreffe, gehe er postwendend zurück.

Orla Oeri-Devereux (SP) bemerkt, sie finde es auch sehr schade, dass die Redaktion des Berichts nicht besser erfolgt sei und dass nicht alle Fehler korrigiert worden seien. Ihr fehlten jetzt aber die Meinungen der Fraktionen über den Inhalt des Amtsberichts.

Stadtpräsidentin Regula Gysin fügt hinzu, sie bedanke sich für die mehrheitlich konstruktive Kritik. Diese Fehler hätten nicht geschehen sollen. Die Verwaltung arbeite daran, dass so etwas nicht wieder vorkomme.

://: Der Amtsbericht wird mit 29 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt.

**227 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**4. Berichte der Bau- und Planungskommission und des Stadtrates zum Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffende Kunstrasenfelder auf der Sportanlage Gitterli (2005/71, 2005/71a, 2005/71b)**

Die Bau- und Planungskommission (BPK) informiert in ihrem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Der Einwohnerrat hat dieses Geschäft am 23. Mai 2007 an die Bau- und Planungskommission überwiesen. In der Überweisungs-Debatte wurden diverse Fragen gestellt. Diese hat die Kommission dem Stadtrat und der Verwaltung unterbreitet. Anlässlich der Kommissions-Sitzung vom 4. Juni wurden die Fragen zur Zufriedenheit der BPK beantwortet (siehe Vorlage Nr. 2005/71b). Trotzdem werden die Anträge des Stadtrates nicht einhellig unterstützt: In der Schlussabstimmung sprachen sich 4 Mitglieder für eine Zustimmung aus, während sich 3 Mitglieder der Stimme enthielten.

Der Antrag der BPK lautet:

Der Einwohnerrat stimmt den Anträgen 1 bis 3 gemäss Vorlage des Stadtrates zu.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat stimmt der Erstellung eines Kunstrasenfeldes auf dem Areal des Gitterlis zu.
2. Der Einwohnerrat genehmigt den Bruttokredit von CHF 1'450'000.- zu Lasten von Konto 344.501.01.
3. Das Postulat ist als erfüllt abzuschreiben.

---

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) erinnert daran, dass der Einwohnerrat das Geschäft der BPK überwiesen habe, weil diverse Fragen offen gewesen seien. Der Begriff „Kunstrasen“ rufe eventuell Vorbehalte hervor; deshalb spreche er lieber von einem Allwetterplatz. Dies sei die Funktion, die das Rasenfeld zu erfüllen habe. Es gehe im Grunde darum, Engpässe zu mildern, die aufgrund der vielen fussballbegeisterten Jugendlichen entstanden seien. Da diese Investition vor allem zugunsten der Jugend getätigt würde, meine er, dass sie gut angelegt wäre.

Die BPK habe die Fragen dem Stadtrat beziehungsweise der Verwaltung vorgelegt. Im Kommissionsbericht finde man die Antworten darauf. Es sei dabei vor allem um folgende Punkte gegangen: Bezüglich Unterhaltskosten liege dem BPK-Bericht eine Tabelle bei, aus der hervorgehe, wie hoch die Kosten bei den zwei verschiedenen Belagssystemen wären. Liestal erhalte kein zusätzliches Spielfeld. Vielmehr gehe es darum, dass der neue Allwetterplatz viel besser genutzt werden könne. Die Standortfrage werde im Bericht ausführlich dargelegt. Es seien diverse Alternativen geprüft worden, aber aus plausiblen Gründen kämen sie alle nicht in Frage.

Betreffend die Platzbenützer liege es in der Natur der Sache, dass in erster Linie die beiden Liestaler Fussballclubs profitieren würden und damit ihre Engpässe mildern könnten. Der Platz gehöre aber der Stadt. Sie sei auch für die Belegung zuständig. Die Sportplätze würden auch intensiv von den Schulen, vom Militär, vom Zoll und dem Sportamt genutzt. Aber auch Hobbyfussballer sollten vom Allwetterplatz profitieren können. Die Kommission habe festgestellt, dass der Aspekt der Beleuchtung mit den heutigen Installationen bereits geregelt sei.

Die Frage nach dem Breitensport und dem Frauenfussball sei einfach zu beantworten. Es sei kaum anzunehmen, dass im Gitterli je Spitzensport betrieben würde. Das, was die Liestaler Fussballclubs anbieten würden, sei klar dem Breitensport zuzuordnen. Der neue Platz werde in erster Linie für Trainings oder höchstens für Junioren- oder Seniorenspiele zur Verfügung stehen. Wettspiele höherer Ligen würden nach Möglichkeit im Stadion stattfinden. Deshalb seien auch keine Infrastrukturen wie eine Tribüne nötig. Mit dem verbesserten Platzangebot werde es in Zukunft möglich sein, Frauenfussball anzubieten. In der Umgebung des Stadions gebe es genügend Möglichkeiten, die Garderoben-Räumlichkeiten zu optimieren. Der FC Liestal sei bereit, ein Angebot für Frauenfussball aufzubauen.

Wichtig sei auch der Hinweis, dass verschiedene Bedingungen erfüllt sein müssten, damit Liestal einen Beitrag aus dem KASAG (Kantonales Sportanlagen-Konzept) bekomme. Die BPK habe sich ausserdem eingehend mit der Frage bezüglich Folgen für das Pumpwerk Gitterli befasst. Es sei glaubhaft versichert worden, dass keine negativen Folgen mit dem neuen Spielfeld für das Pumpwerk verbunden seien. Von Interesse sei für die BPK zudem die Frage der Entsorgung und der so genannten „Grauen Energie“ respektive Ökobilanz gewesen. Auch den Aspekt der krebserregenden Stoffe im Kunstrasen habe sie beleuchtet. Alle die ihr zur Verfügung gestellten Unterlagen würden zeigen, dass man aufgrund der heute verfügbaren Grundlagen keine Bedenken haben müsse. Bezüglich Ökobilanz sei der BPK auch der Umweltkompass zur Verfügung gestanden.

Die Kommission meine, dass alle offenen Fragen befriedigend beantwortet worden seien. Trotzdem unterstütze die BPK die Anträge des Stadtrats nicht einhellig, denn in der Schlussabstimmung hätten vier Mitglieder zugestimmt, während sich drei Mitglieder der Stimme enthalten hätten. Im Namen der Kommissionsmehrheit bitte er die Ratsmitglieder, der Erstellung des Allwetterplatzes zuzustimmen und den dafür nötigen Kredit zu genehmigen.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, in der Grünen Fraktion habe man sich nicht auf eine einheitliche Meinung geeinigt. In der Folge gebe er seine persönliche Meinung als BPK-Mitglied bekannt. Die offenen Fragen habe der Stadtrat zufriedenstellend beantwortet. Deshalb habe er selbst den Anträgen zugestimmt, obwohl die Nutzung des Platzes seiner Meinung nach ungenügend definiert sei. Die Grüne Fraktion erwarte, dass die Vergabe fair gehandhabt werde. Der nachträglich mitgelieferte Nachhaltigkeitskompass habe ihn in seiner eher positiven Haltung bestärkt. Er würde sich freuen, wenn die Verwaltung künftig bei solchen Projekten unaufgefordert einen Nachhaltigkeitsbericht beilegen würde.

Es habe eine Phase gegeben, in der der Ersatz von Aeschenbahnen durch Kunststoffbahnen auch umstritten gewesen. Mittlerweile könne man sich das Gitterli ohne Kunststoffbahn nicht mehr vorstellen. Sein Ja zu dieser Vorlage sei durch die unglückliche Lobbying-Aktion des FCL beinahe weggespült worden. Es gehe nicht an, dass man aus Zahlen und Fakten, die aus der Kommunikation des Stadtrats mit der BPK stammten, ein Flugblatt ohne Quellenangabe mache. Ein Tiefpunkt des Flyers sei auch das Zitat „Gönne dem Knaben zu spielen...“. Es lasse befürchten, dass der Wille des FCL, Mädchen Fussball spielen zu lassen, nicht so gross sei. Wenn der Rat der Vorlage zustimmen, werde er dies nicht wegen, sondern trotz der PR des FCL tun. Das Ja solle zum Wohl aller Sportlerinnen und Sportler sowie Schüler erfolgen. Er hoffe, dass durch den neuen Rasen auf allen Schulhausplätzen Raum für das Betreiben anderer Sportarten frei werde.

Sabine Sutter (FDP) sagt, die Mehrheit der FDP-Fraktion stimme den Anträgen zu. Dafür spreche, dass der Platz auch anderen Vereinen zur Verfügung stehe und es mehr Raum für die Ausübung anderer Sportarten geben werde. Die Förderung der Jugend müsse dem Rat viel wert sein. Dank dem neuen Platz wären viele Kinder für ein paar Stunden gut aufgehoben.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) meint, man habe alles über den Platz lesen können. Seine Fraktion appelliere an den Rat zugunsten eines Ja für die Jugend von Liestal, ob Mädchen oder Buben und von welcher Sportart auch immer.

Hanspeter Stoll (SP) legt dar, er spreche für die Mehrheit der SP-Fraktion, die für den Kunstrasen sei. Der neue Rasen solle öffentlich sein. Der Vereinssport habe natürlich Vorrang. Ausserdem solle der Kunstrasen die Möglichkeit für Mädchenfussball bieten. Es gebe immer mehr Mädchen, die Fussball spielen wollten. Der Kunstrasen solle ein Trainingsfeld werden, das den Leuten in Liestal Gelegenheit gebe, sich zu bewegen. Er sei seit 30 Jahren im Schulsport tätig. Der neue Rasen sei eine wichtige Investition in die Jugendpolitik. Wenn man Jugendliche frage, was für sie Jugendpolitik sei, heisse es, sie wollten Anlagen, wo sie sich bewegen könnten, und Treffpunkte. Das müsse man ernst nehmen.

Es sei wichtig, etwas für die Leute zu machen, die hier wohnen würden. Die Bevölkerung habe diesen Wunsch. Es sei nicht nur der Fussball, sondern der ganze Sport, der zu unterstützen sei. 50 Prozent der Buben könnten heute keinen Purzelbaum rückwärts machen, wenn sie in die Sekundarstufe I kämen. Vor ein paar Jahren seien es nur wenige gewesen, die dies nicht gekonnt hätten. Fussball sei ein Sport für jedermann, auch für Menschen, die nicht so gut im Sport seien. Kinder, die unter zwölf Jahren Sport treiben würden, würden sich auch später sportlich betätigen. Diese Investition in die Bewegung brauche es.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) unterstreicht, viele Sportvereine hätten derzeit grosse Platzprobleme. Die Ursachen seien im gesellschaftlichen Wandel zu suchen. Viele Eltern seien sehr beschäftigt und die Jugendlichen stünden alleine da. Die Sportvereine und Schulen seien in dieses Problem involviert. Deshalb brauche es mehr Sportplätze und bessere Nutzungsmöglichkeiten vorhandener Anlagen. Der vorgeschlagene Kunstrasen sei ganzjährig und witterungsunabhängig nutzbar, langlebig bei intensiver Nutzung und ermögliche ein planmässiges Stattfinden von Turnstunden und Wettkämpfen. Der Unterhalt sei weniger aufwendig als bei einem Naturrasen. Der Kunstrasen brauche weniger Wasser, keinen Dünger und keine Herbizide mehr. Er sei äusserst widerstandsfähig und biete erweiterte Nutzungsmöglichkeiten: Er könne über 1400 Stunden im Jahr genutzt werden, ein Naturrasen hingegen nur 700 Stunden. Es sei kein Rasenschnitt und keine Entlüftungen mehr notwendig. Bei Wassermangel könne der Rasen nicht austrocknen. Natürlich müsse er auch gepflegt werden. Ein Ja zum Kunstrasen sei ein Ausdruck konsequenter Jugendpolitik. Der Rat könne die Unterstützung für die Liestaler Jugend heute entscheidend beeinflussen.

Bernhard Fröhlich (FDP) erläutert, der heutige Antrag sei die Alternative zum regionalen Sportzentrum mit Kunstrasen in Bubendorf, das leider nicht hätte verwirklicht werden können. Bubendorf sei gegen dieses Zentrum gewesen. Oberdorf und Bubendorf würden nun selbst einen Kunstrasen realisieren. Er hoffe, Liestal werde dies auch tun. Viele Gemeinden hätten bereits einen solchen Kunstrasen. Sie hätten alle dieselben Überlegungen anstellen müssen. Der Rasen entlaste die Hallen. Er diene vielen verschiedenen Nutzern und sei nicht teurer im Unterhalt als ein Naturrasen. Er fördere den Breiten- und Leistungssport und mindere die Wartelisten. Es gebe mehr Trainings- und Spielmöglichkeiten. Mädchenfussball sei bereits heute möglich; die Mädchen könnten bis zum Alter von 14 Jahren in den FC Liestal eintreten und mit den Buben spielen. Die Frage der Garderoben könne man lösen. Der FC Liestal sei auch offen für eine Mädchen-Mannschaft. Es brauche dann aber 25-30 Mädchen der gleichen Alterskategorie.

Der Kanton leiste an den Kunstrasen einen erheblichen Beitrag. Das bedeute, dass er den Wert der Investition erkenne. Geld in eine sportliche Jugend zu investieren, sei die beste Prävention. Ins Hallenbad investiere die Stadt jährlich 500'000 Franken. Auch hier habe man die Jugend ins Spiel gebracht, um den Betrag zu rechtfertigen. Ein Ja zur Vorlage sei ein Ja für die Jugend, die Sport treiben wolle. Die Jugend sei eine Brücke in die Zukunft. Man solle ihr keine Steine in den Weg legen.

Matthias Zimmermann (SP) berichtet, in der BPK habe er sich der Stimme enthalten, weil die Frage der Schwermetalle nicht beantwortet gewesen sei. Er bitte den Stadtrat, dieses Thema noch abzuklären. Auch die Antworten des Kantons hätten ihn nicht überzeugt. Durch einen solchen Rasen kämen ohne Zweifel Schwermetalle in die Umwelt. Es gebe verschiedene Produkte. Er bitte darum, vorsichtig zu evaluieren. Trotz dieser Vorbehalte werde er ja stimmen.

Vreni Wunderlin (FDP) betont, sie sei nicht gegen den Kunstrasen. Die Geldverteilung sei aber einseitig. Sie frage sich, wo die Jugendlichen blieben, die in keinem Verein seien, und ob man noch Geld für sie habe. Der FC Liestal solle sich finanziell an dieser Investition beteiligen, denn er werde den Rasen hauptsächlich benützen. Im Übrigen sei der Standort nicht optimal, da es noch mehr Beleuchtung brauchen werde.

Erika Eichenberger (GL) fügt hinzu, sie sei Vreni Wunderlin dankbar, dass sie die Kosten angesprochen habe. Die Skater hätten mühsam CHF 30'000.- für ihre Anlage sammeln müssen. Da habe sie schon ein wenig Mühe, wenn man diese Million einfach durchwinke. Das Volksbad Gitterli sei für alle da, der Kunstrasen hingegen diene vor allem dem Fussball. Sie schätze den Fussball und die Kinder, die darauf spielen würden, sehr. Aus dem Flugblatt müsse sie aber schliessen, dass der FC Liestal den neuen Rasen für sich alleine wolle. Sie meine, dass mit einem Kunstrasen ein Platzangebot für andere Sportarten zu schaffen sei. Dazu brauche es ein klares Nutzungskonzept. Ein solches fehle in der Vorlage. Ebenfalls angesprochen seien der Punkt der Schwermetalle und die Kosten für die Beleuchtung. Die Beleuchtungskosten würden im Bericht nicht erscheinen. Das Entgegenkommen für den Mädchenfussball sei ihr zu vage.

Franz Kaufmann (SP) ergänzt, es gebe viele Jugendliche, die andere Sportarten als Fussball betreiben würden. Er verstehe sich als Einwohnerrat, der sich für alle Vereine einsetze. Die prioritäre Begehrlichkeit eines Vereins könne er nicht mittragen. Ihm käme es vor, als gehe man in einen Laden und tätige einen Kauf, der eigentlich völlig vermessen sei. Es gehe heute um die Frage, ob man sich diesen Luxus leiste oder nicht. Die Auflagen des Fussballverbands bezüglich Grösse des Felds und Beleuchtung seien so, dass man sich dazu verleiten lasse, den Platz in eine Quellschutzzone zu verpflanzen, was nochmals mehr Kosten verursache. Aus diesen Gründen stimme er dem Projekt nicht zu.

Corinne Ruesch (GL) äussert, es stosse ihr sauer auf, dass mit dem Thema Jugendpolitik argumentiert werde. Das Gefühl beschleiche sie, dass es mit der Jugendpolitik dann schnell gehe, wenn auch Erwachsene davon profitieren könnten. Sobald die Perspektive nur auf die Jugendlichen gerichtet sei, würden sich die Mühlen viel langsamer drehen. Als Zweites fehle ihr eine Vision des FC Liestal. Wenn der Rat der Vorlage zustimme, plädiere sie dafür, dass nicht nur eine faire Nutzung des Kunstrasens, sondern auch der Hallen angestrebt werde.

Daniel Spinnler (FDP) hält fest, unter der Fahne der Jugendförderung solle ein Kunstrasen für CHF 1,1 Mio. realisiert werden. Er sei Pfadileiter gewesen und unterstütze die Jugendförderung, allerdings nicht den Kunstrasen. Die ältere Generation rege sich darüber auf, dass die jungen Leute nicht mit Geld umgehen könnten. Sie würden mehr ausgeben als einnehmen. Liestal habe noch immer CHF 40 Mio. Schulden und den höchsten Steuerfuss im Kanton. Trotzdem leiste man sich einen teuren Kunstrasen mit Geld, das einem nicht gehöre. Er wolle der Folgegeneration keine Schulden vererben, deswegen stimme er gegen den Rasen.

Adrian Mächler (FDP) stellt fest, die Debatte sei rein emotional. Rational gesehen gebe es keine Begründung für den Rasen, sondern es gehe vielmehr um das Prinzip: Wenn man Schulden habe, mache man noch mehr. Eigentlich müsse man gar nichts mehr bestimmen, denn der betreffende Artikel im Mitteilungsblatt „Liestal aktuell“ sei so verfasst, als wenn man den Rasen schon habe. Das Projekt werde durchgehen. Er wünsche Liestal viel Glück mit dem Platz. Der Rat müsse wissen, ob das Unterfangen sinnvoll sei oder nicht.

Stadtrat Lukas Ott teilt mit, er danke für die lebhaftige Debatte. Es sei unbestritten, dass der Fussball generell boome. Der FC Liestal erlebe einen starken Zulauf. Mit dem Kunstrasen würden keine Bedürfnisse geschaffen, sondern der Bedarf sei da. Es gehe allerdings um sehr viel Geld, auch aus der Sicht des Stadtrats. Der Betrag sei etwas zu relativieren. Sportinvestitionen stünden nicht zuoberst auf der Liste; deshalb sei es gerechtfertigt, einmal diesen Akzent zu setzen. Es sei sehr viel Geld für eine Sportart. Bedürfnisse seien auch in vielen anderen Sportarten vorhanden. Diese Tatsache nehme der Stadtrat ernst. Er habe mit

einem systematischen Ansatz, nämlich mit dem Gemeinde-Sportanlagen-Konzept, die Bedürfnisse erhoben. Daraus werde ein politisch verwertbarer Plan entstehen. So üppig seien die Bedürfnisse im Übrigen gar nicht. Nun wolle man viel Geld für einen Sport ausgeben, den vor allem Männer und Buben betreiben würden. Hier stehe eindeutig der FC Liestal in der Verantwortung. Was den Mädchen-Fussball betreffe, erwarte der Stadtrat, dass der FCL Nägel mit Köpfen mache. Die öffentliche Hand bezahle den Platz; von dorthin hätten alle Nutzer gleich lange Spiesse. Der FCL bleibe zwar prominenter Nutzer, ein Ausgleich in Form von Entlastung anderer Plätze und Hallen müsse aber stattfinden. Er bitte im Namen des Stadtrats um Zustimmung zu den Anträgen.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) meint, die Ausgangslage sei gut. Mit zwei Umfragen bei den Liestaler Vereinen habe man deren Bedürfnisse eruiert. Es seien jedoch keine Wünsche angebracht worden. Der FCL habe die meisten Jugendlichen, deshalb brauche er entsprechend Platz.

- ://: 1. Der Einwohnerrat stimmt der Erstellung eines Kunstrasenfelds auf dem Areal des Gitterlis mit 23 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen zu.
- ://: 2. Der Einwohnerrat genehmigt den Bruttokredit von CHF 1'450'000.- mit 24 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.
- ://: 3. Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

**228 B.2.C. Bestattungswesen, Friedhofverwaltung - Vorschriften, Reglemente**

**5. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente betreffend Bestattungs- und Friedhofreglement, Teilrevision – Aufnahme von Doppelerdbestattungsgräbern (Nr. 2006/109a, 2006/109b)**

Die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) informiert in ihrem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

In der Detailberatung hat die Kommission einige geringfügige Änderungen beschlossen, welche den Inhalt der Vorlage in ihrem Sinn nicht veränderte, aber kürzer und eindeutiger formuliert sind.

Die Anträge der GoR lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt die Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofreglements (betreffend die §§ 2, 8, 11, 11<sup>bis</sup>, 15, 17 und 22) in der Fassung der Kommission.
2. Der Einwohnerrat nimmt die teilrevidierte Gebührenverordnung zum Bestattungs- und Friedhofreglement (§§ 2 und 3) gemäss dem Antrag des Stadtrats zur Kenntnis.

---

GoR-Präsident Walter Leimgruber führt aus, bei diesem Geschäft sollten zwei Dinge neu geregelt werden. Das erste sei, dass Kinder, die vor der Geburt gestorben seien, künftig ab der 22. Schwangerschaftswoche so behandelt werden sollten wie andere Menschen, die gestorben seien. Dieser Paragraph sei in der Kommission unbestritten gewesen. Zweitens sollten Bestattungen in Doppelerdgräbern möglich sein. Der Antrag sei in der Kommission ebenfalls unbestritten gewesen, habe aber Diskussionen und Fragen ausgelöst; vor allem die Frage, weshalb der Stadtrat, der diesen Punkt schon einmal diskutiert und abgelehnt hätte, seine Meinung geändert habe. Die GoR habe sich von der Argumentation von Stadträtin Marion Schafroth überzeugen lassen. Immer wieder sei dieser Wunsch aus der Bevölkerung gekommen. Bei den traditionell eingestellten Katholiken sei die Erdbestattung wichtig, ebenso Familien- oder Doppelerdgräber. Der Stadtrat habe nun dieses Minderheitenanliegen aufgenommen. Er sei in seiner Vorlage auch zu Lösungen für das Problem der möglichen Verwahrlosung von Familien- oder Doppelerdgräbern gekommen. Diese Gräber würden länger im Friedhof bestehen als die übrigen. Er wolle ausserdem auf den Punkt der Gebührenpflicht hinweisen. In Liestal könne man in der Regel während 25 Jahren begraben sein, ohne zusätzliche Gebühren zu bezahlen. Nach 25 Jahren würden die Gräber aufgehoben. Doppelerdgräber blieben länger aufrechterhalten. Die Liegedauer nach 25 Jahren solle von den Leuten, die einen Antrag auf ein Doppelerdgrab stellen würden, bezahlt werden. Die Höhe der Gebühr sei in der Verordnung festgehalten.

Stadträtin Marion Schafroth informiert, der Stadtrat sei bereit, den Anträgen der GoR zuzustimmen. Sie selbst habe immer wieder die Frage gehört, weshalb man das Reglement schon nach vier Jahren ändere. Es habe sich nur wenig geändert. Seit der früheren Debatte zu diesem Thema seien ein neuer Stadtrat und ein neuer Einwohnerrat gewählt worden. In dieser Zusammensetzung habe der Stadtrat gesagt, er wolle ein Minderheitenanliegen, das niemandem weh tue und nichts koste, sondern bei dem es nur darum gehe, das Reglement anzupassen, aufnehmen. Für die Betroffenen sei dies ein Herzensanliegen. Man rede bewusst nicht von Ehepaar-, sondern von Paargräbern.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, die Meinung in seiner Fraktion sei einstimmig ausgefallen: Die Fraktion werde den Vorschlägen der GoR zustimmen. Das Bestattungswesen

sen sei ein sensibler Bereich. Jede Volksgruppe kenne eigene Riten. Wenn neue Wünsche geäussert würden, müsse die Meinungsbildung wieder stattfinden. Eine noch weitergehende Öffnung von Bestattungsarten auf dem Liestaler Friedhof werde seine Fraktion allerdings eher kritisch anschauen. Ein grosses Lob spreche die SVP/CVP/EVP-Fraktion den Gärtnerinnen und Gärtnern aus, die auf dem Friedhof arbeiten würden. Der Friedhof werde in hervorragender Weise gepflegt.

Vreni Wunderlin (FDP) äussert, die GoR danke Walter Leimgruber, der die GoR-Führung sehr schnell und gut übernommen habe. Die FDP-Fraktion stimme den Änderungen zu. Der Stadtrat habe bei Anträgen auf Doppelerdbestattung die Entscheidungsbefugnis. Der Altersunterschied könne aufgrund der Belegungsdauer eine Rolle spielen. Es sei wichtig, dass man genügend Platz für diese Gräber vorsehe.

Regula Nebiker (SP) teilt mit, die SP-Fraktion könne den Argumentationen gut folgen. Sie begrüsse die Offenheit des Stadtrats, der die Diskussion nochmals aufgenommen habe. Dies sei eine sinnvolle Sache.

Elisabeth Spiess (GL) berichtet, das Thema Doppelerdgräber habe man auch in der Grünen Fraktion nochmals besprochen. Man habe sich gefragt, ob so etwas nötig sei. Der Wunsch danach käme von einer kleinen Minderheit. Man lebe heute in einer dynamischen, sogar hektischen Beziehungswelt. Nun kämen ein paar wenige, die sich versprochen hätten, Seite an Seite zu bleiben und jetzt auch den Wunsch äussern würden, Seite an Seite in die Ewigkeit zu gehen. Ein solcher Wunsch verdiene grossen Respekt und Würdigung. Die Grüne Fraktion werde die Teilrevision in der Fassung der GoR genehmigen und die Gebührenordnung zur Kenntnis nehmen.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) meint zum Votum von Vreni Wunderlin, die Meinung der GoR sei nicht, dass der Stadtrat darüber entscheide, welche Paare Doppelerdgräber belegen könnten. Lediglich das Platzangebot sei entscheidend.

Stadträtin Marion Schafroth bestätigt, so lange Platz dafür vorhanden sei, könne man ein Doppelerdgrab haben. Es brauche lediglich einen Vertrag. Weder die Verwaltung noch der Stadtrat würden entscheiden, wer dorthin dürfe.

Hanspeter Mohler (FDP) sagt, er sei für die Berücksichtigung dieser Minderheit. Er würde jedoch gerne wissen, weshalb eine Belegungsdauer von insgesamt 40 Jahren nicht reichen würde, weshalb eine Verlängerung von zehn Jahren möglich sei.

Stadträtin Marion Schafroth erwidert, es gebe Paare, bei denen der eine den andern um 30 Jahre überlebe.

://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt die Teilrevision des Bestattungs- und Friedhofreglements in der Fassung der Kommission mit 34 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

://: 2. Der Einwohnerrat nimmt die teilrevidierte Gebührenverordnung zum Bestattungs- und Friedhofreglement gemäss dem Antrag des Stadtrats einstimmig zur Kenntnis.

**229 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**6. Bericht des Stadtrates zum dringlichen Postulat von Pascal Porchet namens der FDP-Fraktion und Beat Gränicher namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Entwicklungsgebiet Obergestadeck mit Manor und Parkhaus Bücheli (Nr. 2007/134, 2007/134a)**

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Die Manor SA beabsichtigt, das bestehende Warenhaus aus der Altstadt von Liestal zu verlegen. Als neuer Standort ist das Areal Bücheli - Obergestadeck im Bereich des bestehenden Parkhauses Bücheli vorgesehen. Das entfallende Parkhaus Bücheli soll durch ein neues unterirdisches Parkhaus mit über 400 Parkplätzen ersetzt werden. Auf dem Areal Bücheli und den umliegenden Gebieten wurde ein Studienauftrag durchgeführt. Im Bereich des heutigen Parkhauses Bücheli wurde das Siegerprojekt weiterentwickelt und in den vorliegenden Quartierplanvorschriften konkretisiert.

Die Sicherung des Grundeigentums von zwei privaten Grundstücken ist noch nicht erfolgt. Sie muss bis Ende 2007 durch den Promotor erfolgen und im Quartierplanvertrag festgelegt werden, der vom Stadtrat zu genehmigen ist. Ein von allen Grundeigentümern unterzeichneter Quartierplanvertrag ist Voraussetzung für die Genehmigung der Quartierplanvorschriften durch den Regierungsrat.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

1. Die Quartierplanvorschriften (Reglement und Pläne) Areal Bücheli – Obergestadeck Quartierplan 1 (Manor) vom 21. Mai 2007 werden beschlossen.
2. Der Beschluss erfolgt unter Vorbehalt und Kenntnisnahme, dass die Regelung des Grundeigentums erst später erfolgt und vor der Genehmigung der Quartierplanvorschriften durch den Regierungsrat im Quartierplanvertrag festgelegt werden muss.
3. Das Postulat betreffend Entwicklungsgebiet Obergestadeck mit Manor und Parkhaus Bücheli (Nr. 2007/134) wird als erfüllt abgeschrieben.

---

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, das Büro schlage die Überweisung der Vorlage an die BPK vor. Das Büro weise ausserdem darauf hin, dass die Anträge 1 und 2 materiell eng zusammengehören würden.

Ernst Burkhardt (SP) erläutert, in den Fraktionen sei über die Vorlage informiert worden. In der SP-Fraktion herrsche Sorge darüber, dass vieles noch unklar und offen sei. Es sei schwierig, das alles nachzuvollziehen. In der SP-Fraktion sei grosse Skepsis vorhanden. Sie wünsche die Überweisung der Vorlage an die BPK, damit diese Sache sorgfältig überprüft werde.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass im oberen Gestadeck etwas geschehe. Deshalb sei seine Fraktion einstimmig für die Überweisung des Berichts an die BPK.

Jürg Holinger (GL) äussert, er schliesse sich Ernst Burkhardt an. In diesem Projekt seien viele Fragen offen. Nach dem Besuch von Herrn Beyeler in der Fraktion seien eher noch mehr Fragen aufgetaucht. Die Grüne Fraktion hoffe, dass die BPK Licht in die Situation bringen werde und stimme für die Überweisung.

Adrian Mächler (FDP) teilt mit, die FDP-Fraktion sei für Überweisung.

://: Der Bericht des Stadtrats zum dringlichen Postulat von Pascal Porchet namens der FDP-Fraktion und Beat Gränicher namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Entwicklungsgebiet Obergestadeck wird einstimmig an die BPK überwiesen.

**230 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat**

**7. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Jürg Holinger  
namens der Grünen Fraktion betreffend Parkplätze im Areal des  
Birmannspitals (Nr. 2007/137)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

**Interpellation Parkplätze im Areal des Birmannspitals.**

Im Areal des Birmannspitals werden derzeit Abbrucharbeiten an den Pavillongebäuden rund um das Birmannspital ausgeführt. Anschliessend wird auch das Hauptgebäude abgerissen. Bis heute sind ca. 10 grosse Bäume gefällt worden, welche die Abbrucharbeiten jedoch nicht behindert hätten. Einem Artikel in der BaZ vom 13. Februar ist zu entnehmen, dass dort in einer ersten Etappe 160 Parkplätze erstellt werden sollen und später auf dem Areal des alten Birmannspitals noch mehr. Der zuständige Bauleiter des Hochbauamtes erklärt im BaZ-Artikel, dass die Parkplätze als Ersatz für die wegen den Bauarbeiten an der H2 wegfallenden Parkplätze dienen. Auf dem Hochbauamt war zu erfahren, dass die Parkplätze vorerst gebaut würden, bis eine definitive Nutzung des Areals feststeht. Wir stellen fest, dass der Kanton einmal mehr einen Teil eines über Jahrzehnte gewachsenen Baumbestandes einer provisorischen Nutzung opfert.

In den letzten Jahren wurden in der Gegend um und unterhalb des Kantonsspitals die folgenden Parkplätze erstellt:

1. Areal unmittelbar beim Notfalleingang: 30 Parkplätze.
2. Areal westlich, direkt anschliessend an das Kantonsspital: 70 Parkplätze (bei diesen Parkplätzen handelt es sich um zum Teil markante Erweiterungen von bestehenden Parkplätzen).
3. Areal der ehemaligen Autogarage Peter: 80 Parkplätze.
4. Areal Brodtbeck/Gewerbeschule: 274 Parkplätze (in einer Interpellationsbeantwortung im Landrat erklärte RR Schneider, dass es sich dabei um provisorische Ersatzparkplätze für die während der H2-Baustelle wegfallenden Parkplätze handelt, die Baubewilligung ist befristet bis 31.12.2008. Gem. Aussage von SR Riesen an der ER-Sitzung vom 22.9.04 hat der SR seinerzeit im Rahmen des Bewilligungsverfahrens Einsprache erhoben, anscheinend ohne Erfolg).

Nun sollen also unter demselben Vorwand der H2-Baustelle beim Birmannspital 160 Parkplätze und später noch mehr erstellt werden. Der geografische und sachliche Bezug zur H2-Baustelle lässt sich nicht herstellen. Total werden unter diesem Motto also mindestens 430 Parkplätze gebaut. Zusammen mit den Plätzen in der Garage Peter wurden über 500 Parkplätze erstellt. Wegfallen werden wegen der H2-Baustelle (oder sind schon aufgehoben) der Parkplatz Fraumatt (ca. 100 Plätze) und ca.50 Parkplätze im Schildareal.

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurde für die Erstellung der Parkplätze im Areal Birmannspital bei der Stadt eine Bewilligung eingeholt und wie hat der SR darauf reagiert?
2. Wie beurteilt der SR die Erstellung von in einer ersten Etappe mit 160 Parkplätzen (also vermutlich später über 200) aus planerischer, städtebaulicher und umweltpolitischer Sicht?
3. Ist der Stadtrat bereit, sich dafür einzusetzen, dass keine weiteren Bäume gefällt werden?
4. Ist der Stadtrat bereit, sich gegen eine Erweiterung über die jetzt im Bau befindlichen Parkplätze hinaus auf dem Areal des Birmannspitals einzusetzen?

Jürg Holinger, Grüne Fraktion  
30. März 2007

Stadtrat Lukas Ott beantwortet die Fragen in Vertretung von Stadtrat Ruedi Riesen wie folgt:

1. Die Parkplätze wurden als ordentliches Parkplatzfeld eingereicht. Das kantonale Bauinspektorat erteilte die Baubewilligung. Die Stadt verzichtete auf eine Einsprache, nachdem die Situation mit der kantonalen Bau- und Umweltschutzdirektion erörtert worden war. Die Stadt stellte folgende Bedingungen: Der Parkplatz hat als Provisorium zu gelten, bis eine adäquate Nutzung erfolgt. Er soll benutzerfreundliche und gut beleuchtete Zugänge zur Rheinstrasse aufweisen. Die Parkplätze sollen bewirtschaftet und der Boden nicht versiegelt werden.
2. Der Stadtrat hat nach allen Besprechungen mit dem Kanton den neuen Parkplatz im Sinne eines Provisoriums als Ersatz für Parkplätze, die beim Spital wegfallen, akzeptiert. Bewilligt sind 270 Plätze. Es ist dem Stadtrat nicht bekannt, dass eine Erweiterung geplant ist. Wenn dies doch der Fall wäre, dann wäre ein neues Baubewilligungsverfahren nötig. Der Stadtrat ist der Meinung, dass eine langfristige überirdische Nutzung des Areals als Parkplatz nicht zonenkonform wäre. Die Nutzungsplanung des Kantons auf dem Gelände geht in Richtung Verwaltungsbau. Bis dies spruchreif ist, soll das Gelände zwischengenutzt werden. Dem Stadtrat ist es wichtig, den öffentlichen Verkehr im Ergolzthal zu fördern, um der Nachfrage nach immer mehr Parkplätzen zu begegnen.
3. Wenn in diesem Gebiet neue Projekte umgesetzt würden, könnte es sein, dass mehr Bäume gefällt werden müssten.
4. Der Stadtrat wird sich dafür einsetzen, dass keine Erweiterung des Parkplatzes erfolgt und in diesem Zusammenhang keine weiteren Bäume gefällt werden.

Jürg Holinger (GL) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Jürg Holinger (GL) legt dar, der Rat habe schon einmal über eine ähnliche Interpellation von Astrid Basler und Franz Kaufmann diskutiert. Damals habe Stadtrat Ruedi Riesen gesagt, er verstehe den Unmut und werde die Sache im Auge behalten. Es sei um die Parkplätze hinter der Gewerbeschule gegangen. Der Kanton gebe falsche Signale. Statt den öffentlichen Verkehr zu fördern, schaffe er ein Überangebot an Parkplätzen. Der Umwelt- und Klimaschutz sollten in Liestal anfangen. Wenn Bäume für ein konkretes Projekt gefällt würden, habe er dafür Verständnis. Aber dass dies geschehe, um ein Provisorium zu erstellen, mache ihn traurig. Dies sei erst die erste Etappe, sei in der Zeitung gestanden. Beim Planungswettbewerb für den Wasserturmplatz seien zuerst die Standorte für die Bäume geplant worden. Die Autos hätten sich drumherum zu bewegen. Er frage sich, weshalb das bei einem Provisorium nicht auch möglich sei. Das Spital werde abgebrochen, das Loch dann aufgefüllt und das Gelände mit Parkplätzen versehen. Danach entstünde auf dem Areal vielleicht wieder ein Haus mit Keller. Dies sei weder vom ökonomischen noch vom ökologischen Standpunkt aus nachvollziehbar. Wenn man mit dieser Parkplatzwüste so weiter mache, so nehme man aus der Google-Vogelschau den unteren Teil von Liestal als riesige Asphaltfläche mit ein paar Häusern drumherum wahr.

Regina Vogt (FDP) erläutert, die Situation habe eine Vorgeschichte. Zur Zeit der Spitalerweiterung habe man es verpasst, ein unterirdisches Parkhaus zu erstellen. Andererseits wolle man mit der Realisierung der H2 sämtliche Platzressourcen nutzen. Die FDP-Fraktion habe auch festgestellt, dass die kantonale Strategie in Sachen Parkplatzgenerierung eine ungesunde Entwicklung aufweise. Es sei wichtig, diese Angelegenheit gut im Auge zu behalten.

Ernst Burkhardt (SP) führt aus, der Parkplatz sei so gestaltet, dass er für die nächsten 50 Jahre halte. Ein Teil sei asphaltiert, ein Teil sei mit Steinen verlegt. Der Kanton bewirtschaftete diese Plätze nicht wirklich. Er verlange pro Parkplatz 30 Franken im Monat, damit die Angestellten ihre Autos abstellen könnten. Dies sei Förderung des individualisierten Motorverkehrs. Der Stadtrat müsse auf die Pauke hauen. Die Gemeinde Liestal sei davon betroffen. Ein anderes Beispiel sei die Psychiatrische Klinik. Sie verfüge über zwei riesengrosse Parkplätze. Bis vor kurzem sei das Parkieren dort gratis gewesen. Dies sei kein Anreiz, das öffentliche Verkehrsmittel zu nehmen. Er würde gerne jeden Autofahrer in Beziehung zu dem bringen, was so ein Auto hinauslasse. Es handle sich um Gift, das in grosser Konzentration tödlich sei. Es verdünne sich, aber verschwinde nicht. Er spreche aus Betroffenheit heraus. Zum zweiten Mal sei er Grossvater geworden. Im April seien die Grenzwerte für Ozon überschritten worden. Seine Tochter habe nicht gewusst, ob sie ihr Kind draussen lassen könne oder nicht. Man müsse etwas unternehmen. Der Stadtrat solle beim Kanton vorstellig werden.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) erklärt, seine Fraktion begrüsse den Vorstoss, weil er ihr auch ein Dorn im Auge sei. Beim Kanton herrsche Parkplatzionitis. Er lasse jede Menge von Parkplätzen erstellen, Bau- und Kulturland werde zerstört. Der Parkplatz beim Birmannspital sehe nicht nach einem Provisorium aus. Er sei froh, wenn die Stadt den Kanton in Schranken weise. Er müsse zu einem anderen Konzept ermuntert werden. Er danke dem Stadtrat, dass er sich dafür einsetze, dass nicht noch mehr Parkplätze dazukämen.

://: Somit ist die Interpellation erledigt.

Ratspräsidentin Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, sie beschliesse hiermit ihre letzte Sitzung als Präsidentin des Einwohnerrates. Sie dürfe auf ein erfreuliches Amtsjahr zurückblicken. Ihr habe diese Aufgabe Freude gemacht und es sei ihr wichtig, sich bei allen Ratsmitgliedern für die Art und Weise der Zusammenarbeit herzlich zu bedanken. Es habe hitzige Debatten gegeben, es sei gestritten und um Interessen und Meinungen gekämpft worden. Das mache die politische Arbeit spannend. Aber es sei auch in hohem Mass fair und mit Respekt gekämpft worden. Sie erachte diesen Stil als Markenzeichen einer politischen Kultur, die man heute im Einwohnerrat von Liestal habe.

Sie danke ganz speziell den Kommissionspräsidentinnen und -präsidenten für die gute Zusammenarbeit. Sie danke auch den Mitgliedern des Stadtrates, insbesondere Stadtpräsidentin Regula Gysin für den konstruktiven Austausch im Vorfeld der Sitzungen, unterstützt durch den Sekretär des Stadtrates, Marcel Jermann. Danken wolle sie auch ganz besonders Margrit Siegrist, die als Vizepräsidentin mit ihrer Sorgfalt fürs Detail eine hervorragende Ergänzung für sie gewesen sei. Sie wünsche ihr als Präsidentin Freude und Erfolg im kommenden Amtsjahr. Auch Franz Kaufmann wünsche sie ein gutes Jahr als Vizepräsident. Besonders danken wolle sie auch Beate Kogon, die dem Rat mit ihrer stillen, aber wesentlichen Unterstützung zur Seite stehe und ihre Arbeit hervorragend mache. Damit schliesse sie die letzte Sitzung des Amtsjahres.

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Marie-Theres Beeler

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon